



Unter der Bezeichnung Projekt 26 – kurz P-26 – wurde innerhalb des Militärdepartements eine Kaderorganisation für den Widerstand aufgebaut: Arbeitsraum in der Ausbildungsanlage in Gstaad.

P-26 – die Mär von der Geheimarmee

Die Berichte über P-26 erschütterten im Jahr 1990 die Schweiz. Im damaligen politischen Klima wurde aus der Widerstandsorganisation für den Besetzungsfall schnell «eine private Geheimarmee» – auch mithilfe einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Der Befund war falsch, **schreibt Titus J. Meier**

Die Schlagzeilen an diesem Novembervormorgen im Jahr 1990 klangen unglaublich: «400 private Kämpfer träumen vom kalten Krieg», schrieb etwa der «Bund». Der «Tages-Anzeiger» titelte: «Organisation P-26: Geheim, gesetzlos, gefährlich». Und der Blick berichtete von der «Geheimarmee, über die auch der Bundesrat nichts wusste». Tags zuvor hatte die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) für das EMD, wie das Verteidigungsdepartement damals hiess, in Bern ihren Schlussbericht zu P-26 präsentiert. Der Skandal schien perfekt.

Fast 30 Jahre später zeigt sich ein anderes Bild. Die erstmalige Auswertung relevanter Akten im Bundesarchiv belegt, dass die zentralen Kritikpunkte der PUK EMD nicht mehr länger haltbar sind. So war das Projekt 26, wie die P-26 eigentlich hiess, keine «ausserhalb von Armee und Verwaltung stehende private Organisation», die nach 1981 neu geschaffen wurde. Projekt 26 gab es schon länger: Bereits seit 1979 trug die Kaderorganisation für den Widerstand im feindbesetzten Gebiet diesen Namen. Und die Anfänge reichten – unter

anderem Namen – sogar Jahrzehnte zurück. Die Vorbereitungen waren zudem stets Teil der Gruppe für Generalstabsdienste – *innerhalb* des Militärdepartements.

Die Wurzeln von P-26 in den fünfziger Jahren sind ohne den Kalten Krieg kaum zu verstehen. Der Zweite Weltkrieg war noch präsent, die Furcht vor einer militärischen Bedrohung durch den kommunistischen Ostblock nahm zu. Bei den damaligen Vorbereitungen für den Fall, dass die Schweiz besetzt werden sollte, ging es vor allem darum, im Feindgebiet Nachrichten zu beschaffen und sie an die Landesregierung und die Armeeführung zu übermitteln. Später wurde dieser Auftrag schrittweise erweitert. Die legitime Regierung sollte, so lautete die Überlegung, bereits im Frieden Vorbereitungen treffen, um im Krieg in den besetzten Gebieten über ein Mindestmass an Einfluss zu verfügen.

1973 legte der Bundesrat dem Parlament die Konzeption der Gesamtverteidigung vor, worin er in der Ziffer 426 – die Zahl gab dem späteren Projekt 26 den Namen – den Widerstand im Besetzungsfall als eine der strategischen Hauptaufgaben bezeichnete. Diese bestand aus politischem Widerstand, wie ihn später das Projekt 26 vorbereitete, und dem

militärischen Widerstand durch Kleinkriegsverbände der Schweizer Armee.

Projekt 26 wäre im Besetzungsfall primär ein Nachrichten- und Propagandavehikel gewesen, um den Informationsfluss aus den besetzten Gebieten zur Landesregierung und umgekehrt sicherzustellen. Gleichzeitig sollte P-26 gegenüber der noch freien Welt hartnäckigen Widerstandswilligen demonstrieren. Im Zentrum standen Propaganda und Sabotage, welche die Moral der eigenen Bevölkerung stärken und jene der Besatzer schwächen sollte. Die Mitglieder von P-26 lernten das Sprengen von Sendemasten oder Statuen, Flugblattaktionen oder zivilen Ungehorsam.

Das hatte Einfluss auf die Rekrutierung. Für das Projekt 26 wählte man unauffällige Durchschnittsbürger – Frauen wie Männer –, die nach Abschluss der Ausbildung nicht mehr militärdienstpflichtig sein durften. Denn man ging davon aus, dass Wehrmänner entweder im Verteidigungskampf gefallen oder interniert worden wären. Zur Gewährleistung der Sicherheit wurde die Bezeichnung Projekt 26 streng geheim gehalten, um nicht zu einem Spionageziel zu werden. Die Folge davon war allerdings, dass 1990 kaum jemand in der Schweiz diese Bezeichnung kannte.



Der Chef von P-26, Efreim Cattelan (rechts), tritt am 7. Dezember 1990 zusammen mit Generalstabschef Heinz Häslar vor die Presse.



Die administrative Zentrale von P-26 bei Burgdorf.



Die unterirdische Ausbildungsanlage wird 1990 der Presse gezeigt.

Fixpunkte des Widerstands

1941

Aufbau eines geheimen Funknetzes für die Nachrichtenübermittlung aus besetzten Gebieten.

1957

Schaffung einer Widerstandsorganisation durch den Territorialdienst.

1967

Übergang der Widerstandsvorbereitungen vom Territorial- zum Nachrichtendienst.

1976

Albert Bachmann (Bild) übernimmt den Spezialdienst, der die Widerstandsorganisation und den ausserordentlichen Nachrichtendienst umfasst.

Albert Bachmann (Bild) übernimmt den Spezialdienst, der die Widerstandsorganisation und den ausserordentlichen Nachrichtendienst umfasst.

1979

Efreim Cattelan übernimmt den Spezialdienst, Umbenennung in «Projekt 26».

1981

Untersuchung der Vorbereitungen durch die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments. Sie bestätigt, die Widerstandsorganisation entsprechen den Anforderungen von Rechtsstaat und Demokratie.

1990

Eine parlamentarische Untersuchungskommission unter der Leitung von CVP-Ständerat Carlo Schmid (Bild) durchleuchtet das Militärdepartement. «Projekt 26» wird aufgelöst.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission unter der Leitung von CVP-Ständerat Carlo Schmid (Bild) durchleuchtet das Militärdepartement. «Projekt 26» wird aufgelöst.

Als das Projekt 26 zum Skandal wurde, zählte es zirka 300 Personen aus der ganzen Schweiz, die einen dreitägigen Einführungskurs in einer Alpenfestung absolviert hatten und sich in der Regel nicht kannten. Dazu kamen Vertrauensleute – meistens innerhalb der Verwaltung –, die von den Vorbereitungen wussten, sowie Frauen und Männer, die noch im Rekrutierungsprozess steckten.

Dass der Bund den Widerstand im Besetzungsfall vorbereitete, das wusste die Öffentlichkeit – wenn auch ohne Details – spätestens seit 1981. Nach der Festnahme des Schweizer Kurt Schilling in Österreich wegen Spionage untersuchte eine Arbeitsgruppe der Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter dem Vorsitz des späteren Bundesrates Jean-Pascal Delamuraz den Spezialdienst von Oberst Albert Bachmann. Zu diesem Spezialdienst gehörte auch die damalige Widerstandsorganisation. Die Kommission kam in ihrem öffentlichen Bericht zum Schluss, dass «Aufgabe und Stellung der Widerstandsorganisation» den Anforderungen entsprechen würden, «die vom Standpunkt des Rechtsstaates und der Demokratie zu stellen sind».

Es stellt sich darum unweigerlich die Frage: Wie konnten die bekannten Tatsachen 1990, also nur neun Jahre später, zum Skandal werden, der bis heute nachwirkt?

In den Jahren 1989 und 1990 ereignete sich auf der weltpolitischen Bühne Episches, der kommunistische Ostblock brach zusammen. Der Kalte Krieg, der zuvor mehrere Generationen geprägt hatte, war plötzlich vorbei. Gleichzeitig kam es auch in der Schweiz zu politischen Erdbeben: Anfang 1989 trat Elisabeth Kopp, die erste Schweizer Bundesrätin, unfreiwillig zurück. In der Folge enthüllte eine PUK im Justizdepartement den sogenannten Fichenskandal, der für heftige Enttäuschung sorgte. Die Bundesanwaltschaft hatte zum Zwecke des Staatsschutzes während Jahrzehnten rund 900 000 Fichen über Ausländer, Organisationen, Veranstaltungen, aber auch über Bürgerinnen und Bürger angelegt. Und im November 1989 gab es vom Volk überraschend viele Ja-Stimmen zur GSoA-Initiative, welche die Armee abschaffen wollte.

Die Bürgerlichen befanden sich in der Defensive. Die Umbruchstimmung in der

Schweiz motivierte die Linke, die Gunst der Stunde zu nutzen und zu versuchen, die politischen Verhältnisse in der Schweiz zu verändern. Dazu musste der Skandalisierungsmodus aufrechterhalten werden. SP und Grüne forderten deshalb schon früh eine zweite PUK, um nach dem Justiz- auch die geheimen Bereiche des Militärdepartements zu durchleuchten. Entsprechende Forderungen waren zunächst chancenlos. Dann kam der Februar 1990. Auf Fichen des Justizdepartements wurden Einträge entdeckt, die aus dem Militärdepartement stammen mussten, und ein Fernsehjournalist behauptete in der Sendung «Rundschau», ihm sei vom militärischen Nachrichtendienst Geld angeboten worden für Informationen über inländische Gruppen.

Nun waren auch die bürgerlichen Parteien bereit, eine weitere PUK einzusetzen, um im Militärdepartement die Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA) zu untersuchen, aber nicht das Departement an sich.

Zeitungen schüren die Erwartung

Ein Zeitungsartikel änderte auch dies. Am 26. Februar 1990 berichtete die «Schweizer Illustrierte» über eine «Geheimarmee aus EMD-Spionen». 2000 Männer und Frauen seien zu «Scharfschützen, Bombenlegern, Saboteuren und Funkern ausgebildet», um den Widerstandskampf gegen eine fremde Besatzungsmacht zu führen. Das Militärdepartement sorgte zwar sofort für eine Klarstellung. Und Departementschef Kaspar Villiger informierte das Parlament schon damals offen darüber, dass es, gestützt auf die gültige Sicherheitspolitik, eine «nicht einmal besonders grosse Kaderorganisation» gebe, die den Widerstand vorbereiten habe und die «unabhängig von der Armee aufgebaut wurde». Er sei daran, zu prüfen, ob die Vorbereitungen dem aktuellen Bedrohungsbild und einer offenen Gesellschaft noch genügend entsprächen.

Die Offenheit half nicht. Der Vertrauensverlust war damals schon zu gross, und Villiger konnte die Einsetzung einer PUK für das Militärdepartement nicht verhindern. Ihren Vorsitz übernahm der CVP-Ständerat Carlo Schmid, das Vizepräsidentium der Sozialisten Werner Carobbio. Die PUK stand von Anfang an unter Erwartungsdruck: Wie bereits die PUK

im Justizdepartement musste sie beweisen, dass sich ihre Einsetzung gelohnt hatte. Dazu brauchte es aufsehenerregende Ergebnisse.

Während die PUK noch untersuchte, schwand das öffentliche Interesse an allfälligen Fichen im EMD. Stattdessen rückten nun die Widerstandsvorbereitungen in den Fokus, und zwar europaweit. Wenige Wochen vor der Publikation des PUK-Berichts wurde bekannt, dass es in Italien eine geheime Organisation namens «Gladio» gab, die im Falle der Besetzung des Landes den Guerillakampf hätte aufnehmen sollen. Kurz danach machten auch andere Länder ihre Stay-Behind-Organisationen öffentlich, wie die Widerstandsgruppen im Ausland hiessen.

Am 23. November 1990 präsentierte die PUK EMD, wie sie genannt wurde, ihren Bericht. Schon Tage zuvor hatten die Zeitungen die Erwartungen an einen neuerlichen Skandal geschürt und das öffentliche Interesse auf die geheimen Widerstandsvorbereitungen fokussiert. Das Management der Erwartungen blieb nicht folgenlos.

Die PUK informierte ausführlich über P-26. Sie teilte mit, der Bund habe ohne gesetzliche Grundlage die verfassungskonforme Staatsaufgabe Widerstand an eine «ausserhalb von Bundesverwaltung und Armee stehende Organisation» übertragen und finanziert. Sie stufte P-26 deshalb als «private Organisation» ein, die «unter Ausschluss der parlamentarischen Kontrolle» operierte. In «unterirdischen Lagern» befänden sich Waffen und Sprengstoff «in der Verfügungsgewalt der Widerstandsorganisation». Ihr Zerstörungspotenzial sei erheblich, und es bestehe die «Gefahr eines Missbrauchs durch Selbstaktivierung».

Zwar unterstellte die PUK den Angehörigen von P-26 explizit «keine staatsgefährdenden Absichten», doch schloss sie nicht aus, «dass

Mitglieder der PUK räumen heute ein, sie hätten damals nicht als Historiker untersucht, sondern als Politiker.

die Organisation auch bei einem in demokratischen Formen zustande gekommenen Machtwechsel eingesetzt werden könnte». Der Bericht warf grosse Wellen und fand in Politik und Medien eine grosse Zustimmung. Die umgehende Auflösung von P-26 durch den Bundesrat war ein sichtbares Zeichen für ein neues sicherheitspolitisches Denken.

P-26 hatte keinen Kampfauftrag

Diese Kritik der PUK EMD war massiv überzogen, wie neue Dokumente zeigen. Zwar wurde P-26 als Kaderorganisation bezeichnet. Die Organisation war jedoch nie selbstständig. Alle materiellen Vorbereitungen wurden vom Stab der Gruppe für Generalstabsdienste getroffen, weshalb das Projekt 26 eindeutig als Teil der Verwaltung zu betrachten ist. Der Kern des Führungsstabes, der für die täglichen Arbeiten zuständig war, bestand aus drei Beamten der Stabsabteilung sowie neun vollzeitlich zur Stabsabteilung abkommandierten Instruktionsoffizieren und -unteroffizieren. Dazu kamen fallweise pensionierte Beamte sowie Milizoffiziere, die im entsprechenden Armeestabteil eingeteilt waren.

Der Chef dieses Führungsstabes war der Basler Efreim Cattelan, der zwar im Auftragsverhältnis zur selbständigen Leitung des Projekts 26 verpflichtet worden war, dessen Befugnisse aber so gering waren, dass selbst die PUK seinen Vertrag «eher als Arbeitsvertrag denn als Auftrag» wertete. Die Widerstandsvorbereitungen unterstanden dem Generalstabschef, der wiederum dem Vorsteher des Militärdepartements unterstellt war. Die Vorbereitungen können deshalb nicht länger als «privat» bezeichnet werden, sondern sind als staatlich anzusehen. Damit entfällt auch der Kritikpunkt der fehlenden gesetzlichen Grundlage. Sämtliche Ausgaben waren in den entsprechenden Kreditrubriken des Bundeshaushaltes enthalten, was 1991 auch die Finanzdelegation in einem Zusatzbericht feststellte. Die einzelnen Beträge wurden aber so gering, als dass sie im damaligen Budget des Militärdepartements aufgefallen wären.

Als falsch erweist sich auch die Aussage, das Projekt 26 habe über Waffen und Sprengstoff verfügt. Dieses Material lagerte in vier bundeseigenen Anlagen, von denen die Mitglieder keine Kenntnisse hatten und deren Zutritt durch die Gruppe für Generalstabsdienste kontrolliert wurde. Die Aufzählung der Waffen prägte aber 1990 wesentlich das Bild einer bis an die Zähne bewaffneten Kampforganisation. Die Realität sah anders aus: P-26 hatte keinen Kampfauftrag. Vergleicht man die Zahl der Waffen pro P-26-Widerstandsregion mit jener eines Infanteriezugens und berücksichtigt man das Profil der P-26-Mitglieder, ihr Alter und den Ausbildungsstand, so fällt auch dieser Kritikpunkt weg. Die Feuerkraft der P-26 war äusserst bescheiden.

Überhaupt fällt auf, dass in den politischen Würdigungen der PUK EMD manchmal die Phantasie stärker gewichtet wurde als die Fakten, was wohl dem damaligen Zeitgeist geschuldet war. Mitglieder der PUK räumen heute ein, sie hätten damals nicht als Historiker untersucht, sondern als Politiker, die vor allem schonungslos aufräumen wollten.

Das Untersuchungsergebnis der PUK wäre sachgerechter – dafür auch weniger spektakulär – ausgefallen, hätte diese den Anfang des Projekts 26 nicht rein formalistisch auf das Jahr 1981 gelegt, sondern mehr auf die historische Kontinuität von Widerstandsorganisationen in der Schweiz geachtet. Sachlichkeit war aber in der febrigen politischen Stimmung um 1990 nicht gefragt. Das zeigen die Akten fast 30 Jahre später klar.

Titus J. Meier, 37, arbeitet als freischaffender Historiker und Lehrer. Er forscht seit Jahren zum Thema Widerstandsorganisationen in der Schweiz. Seine Dissertation «Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall – Die Schweiz im Kalten Krieg» (NZZ Libro) kommt am 18. Juli in den Buchhandeln.